

ZENSUR

REBELLION IN NEPAL

ZWEI JAHRE AL-AQSA-FLUT

ALTERSARMUT IN DEUTSCHLAND

ROTE POST



Nr. 91

Oktober 2025



INHALT

INTERNATIONAL

- 4** **PALÄSTINA: ZWEI JAHRE AL-AQSA-FLUT**
- 10** **NEPAL: DIE REBELLION DER MASSEN**

BILD DES MONATS

- 12** **ZWEI JAHRE AL-AQSA-FLUT**

FRAUEN

- 14** **MÜTTERRENTE: EIN FAULES „WAHLGESCHENK“**

BRD

- 16** **ALTERSARMUT**

SAARLAND

- 19** **FÜNFZEHNJÄHRIGER IM KNAST ERMORDET**

KULTUR

- 22** **ZENSIERT, WEIL ES DEM VOLK DIENT**

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

wir wollen unser Editorial dieser Ausgabe insbesondere den Kämpfen, die Ende September in Ecuador aufflammten, widmen. Auf Grundlage der gleichen Erwägung haben wir das Titelbild ausgewählt.

Dort ist seit dem 24. September ein landesweiter Streik ausgerufen, an dem sich mittlerweile Volksmassen in mehr als fünf der 24 Provinzen beteiligen. Auslöser dafür ist der Anstieg der Dieselpreise, denn die Kompradoren-Großgrundbesitzer-Regierung hat, um die Forderungen der Weltbank und des US-Imperialismus zufrieden zu stellen, die Subventionen der Dieselpreise gestrichen.

Seit dem Beginn des Jahres 2024 hat der Präsident Daniel Noboa den Notstand ausgerufen, um angeblich den Krieg gegen die „Drogenbanden“ zu führen. Dabei ist es kein Geheimnis, dass seine Familie für fast alles Kokain, das nach Europa kommt, verantwortlich ist.

Nun hat das Volk, vor allem die Bauern im Hochland, die wichtigsten Straßen, unter anderem die wichtigste Autobahn Lateinamerikas, die „Panamericana“, mit Barrikaden versperrt.

Das Volk kämpft entschlossen, und alles deutet darauf hin, dass es so ernst wird wie 2019 und 2022, als unter anderem die Proteste die ganze Hauptstadt eingenommen hatten. Gegen die Demonstranten haben die Herrschenden das Militär entsandt.

In der Provinz Imbabura, in der die Proteste am stärksten sind, wurden vierzehn Personen festgenommen, die angeblich für das Abbrennen einer Polizeistation verantwortlich sein sollen. Diese werden jetzt wegen Terrorismus angeklagt, was über 30 Jahre Gefängnis bedeutet, und wurden in eins der schlimmsten Gefängnisse verlegt, in dem gerade erst die Streitkräfte ein Massaker an den Insassen durchgeführt haben.

Ein Demonstrant wurde bereits von der Polizei ermordet. Aber das Volk kämpft entschlossen. Es wurden alleine in der ersten Woche zwölf Soldaten verletzt und 17 Soldaten wurden von den Demonstranten gefangen genommen.

Das Volk Ecuadors stellt erneut unter Beweis: Der Wind weht zu unserem Vorteil!

Eure RoPo-Redaktion

Eindrücke von den Kämpfen des Volkes in Ecuador



ZWEI JAHRE AL - AQSA - FLUT

An diesem 7. Oktober jährt sich zum zweiten Mal die militärische Gegenoffensive der Nationalen Widerstandsfront Palästinas, der der Name „Al-Aqsa Flut“ gegeben wurde. Dabei hat der nationale Widerstandskampf des Volkes von Palästina gezeigt, dass das Volk nicht aufgegeben hat, um seine Freiheit zu kämpfen, dass der Krieg nie aufgehört hat und dass es entschlossen ist, sich zu wehren und auch zum Gegenangriff vorzustoßen.

Bei dieser Gegenoffensive haben tausende Kämpfer, eine der am schwersten bewachten Grenzen auf der Welt durchbrochen, viele Hundert (einige Quellen sprechen von bis zu 1.200) israelische Soldaten und Siedler getötet, Gefangene genommen, militärische Ziele eingenommen, gegnerische militärische Technik erobert und einige Tage hinter den Linien des Feindes ausgeharrt.

laut ihre Stimme erheben gegen den Völkermord, den Israel seit seiner Gründung 1948 durchgehend gegen das Volk Palästinas exekutiert. Sie haben erneut bewiesen, dass ein Volk, welches auf die eigene Kraft vertraut und die Waffen nicht aus der Hand gibt, nicht nur nicht besiegt werden kann, sondern die Initiative gewinnen und dem Feind empfindliche Schläge versetzen kann. Besonders hervorzuheben ist der politische Erfolg, die Isolation der palästinensischen Sache zu brechen und Israel vor aller Welt zu denunzieren.

Was sie besonders in den letzten zwei Jahren des über 77 Jahre andauernden Krieges gezeigt haben, ist, dass egal wie viel Völkermord Israel begeht, der Widerstand nicht im Blut ertränkt werden kann, sondern im Gegenteil dieses Blut die Rebellion der Unterdrückten nährt.



Gleitschirmflieger überwinden die Grenze des Gazastreifens

ERFOLGE

Die Al-Aqsa-Flut war somit auf mehreren Ebenen ein Erfolg. Der nationale Widerstand hat es geschafft, dass die Augen der Welt wieder auf Palästina schauen und die Völker der Welt erneut

All die Kriegspropaganda Israels, um in der Welt Meinung zu schaffen, die ihren Genozid rechtfertigt, hat keinen Erfolg. Selbst imperialistische Staaten die Israel Jahrzehnte lang in ihrem

Krieg gegen das palästinensische Volk unterstützt haben, sehen sich durch den Druck der Völker der Welt gezwungen Israel formal für seinen Völkermord zu verurteilen.

Auch wenn dieses Theater auf der politischen Weltbühne nicht wirklich der Befreiung Palästinas dient, ist es ein wichtiger politischer Sieg des Volkes Palästinas. Ein solches formales Zeichen war, dass bei der Generalversammlung der UNO vor der Rede von Benjamin Netanyahu, beinahe die ganze Versammlung demonstrativ den Raum verlassen hat. Gleiches gilt für die Anklagen des internationalen Gerichtshofes gegen Spitzenfunktionäre des israelischen Staates.

Die Unterstützung des Kampfes des Volkes von Palästina hat an Umfang beträchtlich gewonnen. Überall in der Welt gab es zum Teil riesige Massenproteste, trotz Repression und Kampagnen, die die Unterstützer der Befreiung Palästinas mundtot machen sollen.

Die Global Sumud Flotilla (weltweite Freiheitsflotte), hat sich auf den Weg gemacht, Hilfsgüter nach Gaza zu bringen und die See-Blockade zu durchbrechen. Sie wurde von Israel und seinen Helfershelfern bombardiert und diskreditiert, aber insistiert auf ihr nobles Vorhaben. Anti-Im-

perialisten, Aktivisten, Anwälte, Gewerkschafter, Journalisten, Schriftsteller, Schauspieler und Parlamentarier (unter anderem aus den USA, Irland, Frankreich, Spanien, Belgien, Südafrika, Argentinien, sowie des EU-Parlaments) aus mehr als 45 Ländern beharren auf ihr Bestreben, auch wenn einige bereits vom israelischen Militär gefangen genommen und deportiert wurden.

IN DEUTSCHLAND

In Deutschland haben die Herrschenden die Unterstützung des israelischen Völkermords zur Staatsräson erklärt. Sie steht damit – ohne jegliche formal-juristische Grundlage – über Recht und Gesetz und ist ein Paradebeispiel dafür, dass die Klassen-Diktatur keinerlei Gesetz anerkennt, wenn es ihr nicht dienlich ist.

Die Organisationsfreiheit (die Verbote unter anderem von Samidoun und PSDU, aber auch der Hamas), die Versammlungsfreiheit (zahllose Palästina-Demonstrationen sind verboten, niedergeprügelt, diffamiert und schikaniert worden) und die Meinungsfreiheit (unrechtmäßiges Verbot und Verfolgung wegen der Parole „*From the river to the sea, Palestine will be free*“) stehen unter dem Vorwand der „Solidarität

Demonstration in Hamburg



mit Israel“ vermehrt unter Beschuss. Unter dem heuchlerischen, zynischen und unwissenschaftlichen Argument „Ablehnung von Völkermord gleich Antizionismus gleich Antisemitismus“ wurde es sogar verboten, die arabische Sprache auf Demonstrationen und Kundgebungen zu benutzen.

Doch das Volk Palästinas hat, einen hohen Preis zahlend und ihr kostbares Blut großzügig gebend, errungen, dass diese heuchlerischen Verleumdungen nicht mehr wirken, was das wahre Gesicht Israels und seiner Unterstützer, insbesondere der USA und auch Deutschlands, erneut entblößte. Über 80.000 Tote, knapp 170.000 Verwundete, rund 14.000 Vermisste (und vermutliche Tote) und etwa 12.000 Verschleppte in Gaza, dazu circa 1.000 Tote und rund 7.500 Verwundete im Westjordanland (viele schätzen diese Zahlen sogar deutlich höher) sind die schieren Fakten des immensen Blutzolls, den das Volk Palästinas in den vergangenen zwei Jahren zahlte.

Auch die Proteste in Deutschland sind zahlenmäßig mit dem sich nähernden Jahrestag wieder deutlich angewachsen. Ende September nahmen etwa hunderttausend Menschen an einer Großdemonstration in Berlin teil, während eine weitere Demonstration, die auch in Berlin stattfand, von der Polizei unterdrückt wurde.

VÖLKERMORD

Die Unterstützung der Völker der Welt für die Sache Palästinas entspringt auch den ungeheuerlichen Verbrechen Israels gegen das Volk Palästinas. Die Liste der Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, vor allem des Genozids, Verstöße gegen internationale Kriegskonventionen, Verbrechen des Angriffskrieges usw. nicht nur in Gaza, sondern auch im Westjordanland ist immens, und die Beispiele sind nahezu zahllos. So werden z.B. die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und Unterscheidung, wie sie das Kriegsrecht vorschreibt, durch Israel regelmäßig bewusst und willentlich verletzt. Artikel 48 des ersten Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte besagt:

„Um Schonung und Schutz der Zivilbevölkerung und ziviler Objekte zu gewährleisten, unterscheiden die am Konflikt beteiligten Parteien jederzeit zwischen der

Zivilbevölkerung und Kombattanten sowie zwischen zivilen Objekten und militärischen Zielen; sie dürfen daher ihre Kriegshandlungen nur gegen militärische Ziele richten.“

Artikel 51 des gleichen Dokuments lautet:

„4. Unterschiedslose Angriffe sind verboten. Unterschiedslose Angriffe sind a) Angriffe, die nicht gegen ein bestimmtes militärisches Ziel gerichtet werden, b) Angriffe, bei denen Kampfmethoden oder -mittel angewendet werden, die nicht gegen ein bestimmtes militärisches Ziel gerichtet werden können, oder c) Angriffe, bei denen Kampfmethoden oder -mittel angewendet werden, deren Wirkungen nicht entsprechend den Vorschriften dieses Protokolls begrenzt werden können und die daher in jedem dieser Fälle militärische Ziele und Zivilpersonen oder zivile Objekte unterschiedslos treffen können. 5. Unter anderem sind folgende Angriffsarten als unterschiedslos anzusehen: a) ein Angriff durch Bombardierung – gleichviel mit welchen Methoden oder Mitteln – bei dem mehrere deutlich voneinander getrennte militärische Einzelziele in einer Stadt, einem Dorf oder einem sonstigen Gebiet, in dem Zivilpersonen oder zivile Objekte ähnlich stark konzentriert sind, wie ein einziges militärisches Ziel behandelt werden, und b) ein Angriff, bei dem damit zu rechnen ist, dass er auch Verluste an Menschenleben unter der Zivilbevölkerung, die Verwundung von Zivilpersonen, die Beschädigung ziviler Objekte oder mehrere derartige Folgen zusammen verursacht, die in keinem Verhältnis zum erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen.“

Der Einsatz besonders kraftvoller Waffen in den dicht besiedelten Stadtvierteln Gazas, sowie der bedeutsam höhere Anteil an Opfern unter Frauen und Kindern und Angriffe der IDF auf Ziele ohne Anzeichen militärischer Aktivitäten, die bewusst mit der Absicht durchgeführt werden, um *„die Zivilbevölkerung dazu zu bringen, Druck auf die Hamas auszuüben“*, sind offensichtliche Verstöße gegen o.g. Vorschriften des Kriegsrechts, wie ein Bericht des +972 Magazins belegt, der anonyme IDF-Offizielle zu dem Thema zitiert.

KINDERMÖRDER

Die New York Times berichtete unter anderem über mehrere Fälle von Kindern im Vorschulalter mit Schussverletzungen an Kopf oder Brust in Gaza, was den gezielten Versuch, diese zu töten, belegt. Außerdem

veröffentlichte dieselbe Zeitung Berichte, wonach die israelische Militärführung einen Befehl erließ, der es Offizieren erlaubte, bis zu 20 zivile Todesopfer pro Ziel zu riskieren. Einige Angriffe überschritten mit Wissen der Militärführung diese Schwelle mit über 100 zivilen Todesopfern für die Tötung eines einzelnen Kombattanten.

EXTRALEGALE HINRICHTUNGEN

Die Genfer Konvention Kapitel I. und II. besagen:

„Verwundete, Kranke und Schiffbrüchige der Streitkräfte im Felde und zur See und die ihnen gleichgestellten Personengruppen. Gleichgestellt sind Angehörige von Milizen und Freiwilligenkorps, die nicht zu den regulären Streitkräften gehören, einschließlich solcher von organisierten Widerstandsbewegungen, wenn diese Milizen, Freiwilligenkorps und Widerstandsbewegungen einem Krieg führenden Staat angehören und folgende Bedingungen erfüllen: einer verantwortlichen Leitung unterstehen, ein bleibendes und von Weitem erkennbares Zeichen tragen, die Waffen offen führen und die Gesetze und Gebräuche des Krieges einhalten. (...) müssen unter allen Umständen geschont und geschützt werden. Jeder Angriff auf ihr Leben und jegliche Schädigung ihrer Person ist

verboten.(...) Ferner ziviles Gefolge der Streitkräfte, Besatzungen der Handelsmarine und schließlich die Bevölkerung eines unbesetzten Gebietes, die zu dessen Verteidigung die Waffen ergreift, sofern sie die Waffen offen führt und die Gesetze und Gebräuche des Krieges einhält.“

Israel nennt diese dem Recht im Kriege nach rechtmäßige Kombattanten „*Terroristen*“ und spricht ihnen jegliches Recht im Kriege ab, genauso wie alle Imperialisten und andere Reaktionäre es im Falle von Widerstandskämpfern und Revolutionären tun, um ihren weißen Terror an ihnen auszulassen. Dies ist Teil der Methode, zu entmenslichen und zu dämonisieren, was von den deutschen Faschisten zum Beispiel mit den Partisanen gemacht wurde, um diese als angebliche „*Banditen*“, ohne Prozess hinrichten zu können.

In einem Bericht von Euro-Med Monitor heißt es, dass es ein Muster systematischer Tötungen durch die israelische Armee gibt. Dutzende Fälle von Hinrichtungen vor Ort (dabei ist es uneindeutig, ob es sich um Kombattanten oder Zivilisten handelt) durch israelische Streitkräfte wurden dokumentiert. Die Zeitung Haaretz berichtet unter Berufung auf Aussagen von Armeemitgliedern, dass die israelische Armee in Gaza Todeszonen geschaffen habe, in denen einfach jeder getötet werde. Israel richtet regelmäßig sich ergebende Kombattanten hin. Fälle

Durch Israel zerstörtes Krankenhaus



wurden unter anderem von B'Tselem, France24, Associated Press, NBC, der Financial Times und sogar durch die IDF selbst dokumentiert und veröffentlicht.

VERGEWALTIGUNGEN UND NOCH MEHR

Israelische Soldaten und auch Soldatinnen, Wachpersonal, sowie deren medizinisches Personal haben während des Krieges sexuelle Gewalt gegen palästinensische Kinder, Frauen und Männer ausgeübt, darunter Vergewaltigungen, Gruppenvergewaltigungen, sexualisierte Folter und Verstümmelungen, wie unter anderem die Washington Post berichtete.

Die IDF setzt entgegen dem Kriegsrecht, als Zivilisten getarnte israelische Soldaten ein. Israelische Streitkräfte drangen als Sanitäter und Zivilisten getarnt und mit versteckten Gewehren in das Ibn-Sina-Krankenhaus in Jenin ein. Nach dem Betreten des Krankenhauses zogen sie ihre Waffen und töteten drei mutmaßliche Kombattanten, die zum Schutze dieser Einrichtung dort stationiert waren.

Laut Haaretz musste die Generalstaatsanwältin der israelischen Streitkräfte zugeben, dass die Handlungen einiger Soldaten – darunter Plünderungen – „die Grenze zur Strafbarkeit überschritten“ hätten. Des Weiteren verstößt Israel gegen die Verbote geschützte und medizinischen Einrichtungen und medizinisches Personal, zivile Einrichtungen, religiöse, kulturelle und historische Stätten, Friedhöfe, Krankenwagen und Kombattanten, die diese schützen, anzugreifen.

Israel setzt - entgegen der Genfer Konvention - nachweislich auch weißen Phosphor ein. Dazu heißt es:

„Es ist verboten, Waffen und Methoden der Kriegsführung zu verwenden, die geeignet sind, überflüssige Verletzungen oder unnötige Leiden bzw. lang anhaltende und schwere Umweltschäden zu verursachen.“

Israel nutzt kollektive Bestrafung, Aushungern und Verdursten, sowie das Verwehren von medizinischer Versorgung als Mittel zum Völkermord.

„Das Aushungern von Zivilpersonen ist verboten, desgleichen die Zerstörung der für die Zivilbevölkerung lebensnotwendigen Objekte.“

Israel führt Angriffe auf Journalisten und Hilfsorganisationen durch. Mehr als 270 Journalisten wurden ermordet, über 60 verletzt, mehr als 383 Mitglieder von Hilfsorganisationen wurden ermordet.

„Die Rotkreuz- und Rothalbmond-Organisationen und andere humanitäre Organisationen genießen einen qualifizierten Schutz und besondere Rechte“

Israel setzt Gefangene als menschliche Schutzschilde ein. So zeigt z.B. ein Video einen verletzten Palästinenser, der auf die Motorhaube eines israelischen Jeeps geschnallt wurde, der durch Jenin fuhr.

Der Völkermord ist die anhaltende, vorsätzliche und systematische Vernichtung des Volkes Palästinas im Gazastreifen und im Westjordanland durch Israel. Zu den belegten Völkermordhandlungen zählen Massenmorde, Aushungern, das Zufügen schwerer körperlicher und seelischer Schäden, sowie die Verhinderung von Geburten, die Blockaden, die Zerstörung ziviler Infrastruktur, die systematische Zerstörung von Gesundheitseinrichtungen, die Tötung von Gesundheitspersonal und Hilfssuchenden, die Verursachung von Massenvertreibungen, sexuelle Gewalt und die Zerstörung von Bildungs-, Religions- und Kulturstätten. Der Völkermord wurde von einem Sonderausschuss der Vereinten Nationen und einer besonderen Untersuchungskommission, sowie Experten für internationales Recht anerkannt, darunter die International Association of Genocide Scholars (Internationale Vereinigung von Völkermordforschern).

Man könnte aus der Liste der Verbrechen Israels gegen das Volk von Palästina Bände schreiben. Dazu kommen die Verbrechen und Verstöße gegen andere Staaten. Zum Beispiel die illegalen (weil völkerrechtswidrigen) Angriffe (Bombardierungen und/oder Invasionen in den letzten zwei Jahren) auf Iran, Irak, Syrien, Libanon, Katar, Jemen und Tunesien. Diese Bestialität konnte nur der Imperialismus hervorbringen und merken wir uns gut, dass all diese Abscheulichkeiten vom Betrüger Bundeskanzler Merz aufs Zynischste geädelt wurden, als dieser verkündete, dass Israel die „Drecksarbeit“ für den deutschen Imperialismus erledige.

ABRAHAM-ABKOMMEN

Die USA haben, mit der Absicht, den Genozid an dem palästinensischen Volk zu vollenden, im Jahr 2020 die Abraham-Abkommen initiiert. Darin heißt es unter anderem „(...) Wir streben danach Radikalisierung und Konflikte zu beenden (...) Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu schaffen (...) In diesem Geiste begrüßen wir (...) Diplomatische Beziehungen zwischen Israel und den Nachbarstaaten (...).“ Der Versuch der Normalisierung Israels und seines Völkermords durch formelle Friedensabkommen und Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit den arabischen Lakaien der Imperialisten und die Isolation und Entwaffnung des nationalen Widerstands in Palästina, sowie die ethnische Säuberung „Großisraels“ wurde mit der Al-Aqsa-Flut durchbrochen. Zwei weitere Jahre mutigen Kampfes seitens des Volkes von Palästina, haben aller Welt bewiesen, dass der Imperialismus und seine reaktionären Handlanger Papiertiger sind, und dass der gerechte und gerechtfertigte Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Unterdrückten der Welt, durch noch so viel Waffen, Geld oder Gräueltaten nicht besiegt werden kann.

DER NEUESTE „FRIEDENSPLAN“

Der Internationale Kommunistische Bund behandelte dieses Thema in der Erklärung zum 1. Mai 2025 und erklärt einige wichtige Herausforderungen, vor denen die Kämpfe in Palästina stehen: *„Der heroische Kampf des Volkes von Palästina gegen den Angriff des Staates Israel, gefördert und geleitet vom US-Imperialismus, ist ein strahlendes Beispiel nicht nur für Mut und Entschlossenheit, sondern auch dafür, dass ein unterdrücktes Volk, solange es die Waffen fest im Griff hat, auf seine eigene Kraft vertraut und eine Einheitsfront gegen den Aggressor aufrechterhält, in der Lage ist, jedem völkermörderischen Übergriff des Imperialismus zu widerstehen und ihn zu besiegen. Aber auch wenn Widerstand eine Voraussetzung für die Befreiung ist, ist er nicht dasselbe. Trotz all ihrer Pracht wird die Nationale Widerstandsfront von Palästina in ihrer aktuellen Zusammensetzung nicht in der Lage sein, den Kampf der palästinensischen Massen zu einem vollständigen Sieg und zur vollständigen nationalen und neudemokratischen Befreiung Palästinas zu führen. Um den Staat Israel und seine imperialistischen Herren zu zerschlagen und zu besiegen, ist ein Nationaler Befreiungskrieg, der die Aufgaben der demokratischen Revolution erfüllt, unerlässlich. In der Ära des Imperialismus und der*

proletarischen Revolution kann diese Aufgabe nur unter der Führung des Proletariats erfüllt werden. Ohne die Führung einer Kommunistischen Partei, die heute notwendigerweise eine marxistisch-leninistisch-maoistische Partei sein muss, die einen Volkskrieg entwickelt und die Einheitsfront effektiv leitet, wird die Befreiung Palästinas nicht den vollständigen Sieg über das imperialistische Joch erreichen.“

Der vom heutigen Oberhäuptling aller Völkermörder, Donald Trump, Ende September vorgeschlagene sogenannte „Friedensplan“, die 21 Punkte, sind genau unter diesen Prämissen zu betrachten, abzulehnen und zu verurteilen. Dieser Plan ist Teil der Völkermordstrategie gegen das Volk Palästinas. Es würde ausreichen, aufzuzeigen, wer alles zu den Unterstützern dieses Plans gehört, um dessen Intention darzulegen. Die Frage der „Entwaffnung der Hamas“ bzw. die Aufforderungen an die Hamas folgen dabei der falschen Argumentation, dass die Hamas alleine der bewaffnete Widerstand sei. Auch wenn die Hamas ohne Zweifel die hauptsächlichste Kraft des Widerstands ist, so gehören dem Gemeinsamen Palästinensischen Operationsraum, einer Kommandoinstitution der nationalen Widerstandsfront, unter anderem die Kassam-Brigaden der Hamas, die Jerusalem-Brigaden des Palästinensischen Islamischen Dschihad, die Abu-Ali-Mustafa-Brigaden der Volksfront zur Befreiung Palästinas und die Nationalen Widerstandsbrigaden der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas an. Quellen sprechen von bis zu 14 kämpfenden Organisationen. Konkret soll das Volk Palästinas wehrlos gemacht werden, indem es seine Waffen nicht nur niederlegt, sondern diese abgeben soll. Dieses dann wehrlose Volk wird dann unter der Kollaboration der verräterischen und ebenso schuldigen „Palästinensischen Autonomiebehörde“ vertrieben und vernichtet werden. So, wie es bereits im Westjordanland geschah und geschieht, wo die bewaffneten Organe der „PA“ zusammen mit dem israelischen Feind militärisch gegen die nationale Widerstandsfront und das Volk Palästinas vorgehen. Es kann keinen Frieden geben, mit diesem so unerbittlichen Feind, der die USA und Israel sind. Es kann möglich sein, einen (auch länger andauernden) Waffenstillstand und die Umstände eines Abzugs der IDF aus Gaza und dem Westjordanland zu verhandeln und/oder Kriegsgefangene auszutauschen. Genauso mögen Kriegsreparationen und Wiederaufbau der durch Israel zerstörten Infrastruktur Gegenstand von Verhandlungen sein, aber „Friede“ mit dem Imperialismus bedeutet Kapitulation. •

DIE REBELLION DER MASSEN IN NEPAL

Mindestens 75 Menschen wurden von der Reaktion in Nepal ermordet und über 2.000 verwundet, nachdem Anfang September große Demonstrationen gegen die Regierung begannen. Auslöser der Proteste war ein willkürliches Verbot sozialer Medien durch die Regierung, das mehrere Plattformen wie Facebook, X und YouTube verbot. Es wurde insbesondere auch gegen die weit verbreitete Korruption im verkommenen nepalesischen Parlament protestiert.

Jahrzehntelang wurde das nepalesische Volk mittels des parlamentarischen Systems, der weit verbreiteten Korruption, anti-nationaler Abkommen und der Einmischung ausländischer Mächte gedemütigt und ausgeplündert, insbesondere auch durch den Arbeitskräfteexport. Das Leben der meisten Bauern, Arbeiter, Studenten und der Jugend besteht in einem Kreislauf aus Elend und Ungerechtigkeit. Doppel- und Dreifachsteuern lasten auf dem Volk. Die Revisionisten, die sich mit den rotesten Fahnen schmücken, machen sich die Taschen voll. Jetzt hatte das nepalesische Volk genug davon und richtet seinen gerechtfertigten Klassenhass spontan gegen diejenigen, die ihm diese Lasten aufgebürdet haben.

Regierungschef Oli von der sogenannten „Kommunistischen Partei Nepals (Vereinigte Marxisten-Leninisten)“ führte die Koalitionsregierung in Nepal, seitdem Prachanda [Pushpa Kamal Dahal, 70, Vorsitzender der „Kommunistischen Partei Nepals (Maoistisch)“ war

dreimal (2008/09, 2016/17 und 2022-24) Premierminister in Nepal] im Juli 2024 zurücktrat, mit denselben volksfeindlichen Maßnahmen, wie jener es vor ihm tat.

Die Proteste der Massen wurden schnell brutal von der Reaktion mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Gummigeschossen angegriffen. Dies feuerte die Entschlossenheit der Rebellion nur weiter an. Dann gingen die Polizei und eingesetzte Soldaten dazu über, auch mit scharfer Munition auf die Protestierenden zu schießen, und ermordeten dabei zahlreiche Demonstranten. Obwohl durch die Reaktion eine Ausgangssperre verhängt wurde, gingen Tausende Jugendliche weiter und weiter auf die Straße. So brutal die Regierung und ihre bewaffneten Organe auch reagierten, die Jugendlichen hörten nicht auf zu protestieren, sondern steigerten ihre gerechtfertigte Wut gegen die Regierung und den nepalesischen Staat sogar noch. Der Rücktritt des Premierministers Oli markierte den Sturz der Regierung. Die Proteste konnten dadurch jedoch nicht beendet werden. Die Jugend drückte ihren Klassenhass gegen die Machthaber aus, indem sie Steine warf und die Häuser mehrerer gegenwärtiger und ehemaliger Minister im Kathmandu-Tal in Brand steckte. Auch Kasernen und Wohnungen von Beamten, sowie Prachandas Haus wurden von Jugendlichen in Brand gesetzt.

Obwohl Prachanda nicht der aktuellen Regierung angehörte, spielte er eine entscheidende Rolle bei der Entstehung der aktuellen Situation von Elend,



Armut und Korruption, sowie bei anti-nationalen Abkommen.

Im Kontext des Massenaufstands war zu beobachten, dass einige, die sich selbst „Linke“ nennen, überall die Hand der CIA und anderer Reaktionäre im Spiel sahen. Auch in Deutschland geschah dies, vor allem durch die MLPD¹, deren Schwesterparteien in Nepal Teil des Schweinestalls, des bürgerlichen Parlaments, sind. Diese wurden nicht müde, den Massenaufstand zu diskreditieren. Natürlich ist die CIA vor Ort involviert. Wären sie es nicht, dann würde sie ihren Job nicht machen. Es ist klar, dass die Imperialisten einen Plan für Nepal haben müssen. Diese Art imperialistischer Verschwörung ist nichts Neues. Das ändert aber nichts am Charakter der Rebellion.

In den letzten dreißig Jahren war Nepal Schauplatz einer der bemerkenswertesten Erfahrungen der Internationalen Kommunistischen Bewegung. Das kleine, gebirgige Land verwandelte sich mit der kraftvollen Entwicklung des 1996 begonnenen Volkskriegs in eine Quelle der Hoffnung für die unterdrückten Klassen und Völker der Welt. Zehn Jahre Volkskrieg führten zur Errichtung revolutionärer Stützpunkte in 80 Prozent des Landes, zu einem ungeheuren Wachstum der Volksbefreiungsarmee auf Hunderttausende Mann, zur Auflösung feudaler Autoritäten auf dem Land und zum Aufbau von Organen der Volksmacht. Diese Quelle der Hoffnung ging verloren, als Prachanda und seine Clique die

1 - Siehe dazu die Artikel auf „Rote Fahne News“ vom 9. („Reaktionärer Mob attackiert NCP (Mashal)“), 10. („Droht eine reaktionäre Diktatur“), 12. („Generation-Z-Bewegung verurteilt „terroristische“ Ausschreitungen“) und 14. September („„Usurpierter Protest“ in Nepal am Werk“).

Revolution zugunsten einer Verschwörung mit der nepalesischen Reaktion verrieten. Dies war von Anfang an in der Linie Prachandas angelegt, die sich in ihrem Ziel auf die „Abschaffung der Monarchie“ beschränkte, angeblich unannehmbar für die nepalesische Reaktion (wie sich herausstellte, war die bereits seit dieser Zeit innerhalb der Internationalen Kommunistischen Bewegung aufkommende Kritik daran durchaus richtig und wichtig). Prachanda und Bhattarai [Baburam Bhattarai, 71, war lange Zeit Vorsitzender der „Vereinigten Kommunistischen Partei Nepals (Maoisten)“, 2008/09 Finanzminister, von 2011 bis 2013 Premierminister, mittlerweile hat er seine eigene Partei gegründet, die Sozialistische Partei Nepals] verargumentierten sich schließlich dahin, dass die Neudemokratische Revolution in Nepal „durch parlamentarische Prozesse vollendet werden könne“. Die Volksbefreiungsarmee wurde entwaffnet, die Stützpunktgebiete wurden aufgelöst, das von den Bauern besetzte Land an die Grundbesitzer zurückgegeben und die Jugendorganisation wurde neutralisiert.

Doch, oh Wunder, trotz der starken Vertretung der „Maoisten“ im Parlament blieb die Macht in den Händen der Großgrundbesitzer, der bürokratischen Bourgeoisie und ausländischer Imperialisten. Die revolutionäre Erfahrung in Nepal ist von besonderer Bedeutung, die erneut beweist, wie wichtig der unablässige und unveröhnliche Kampf gegen Revisionismus und alle Formen der Reaktion ist. Diese Erfahrungen sind sehr präsent im nepalesischen Volk, und es wird, wenn es seine notwendige Führung geschaffen hat, die temporäre Niederlage des Volkskriegs überwinden und das imperialistische Joch abschütteln. •



Eindrücke von den Kämpfen in Nepal

ZWEI JAHRE AL-AQSA-FLUT





MÜTTERRENTE: EIN FAULES „WAHLGESCHENK“

Auch im diesjährigen Wahlkampf zur vorgezogenen Bundestagswahl hieß es wieder: „Das Rentenniveau bleibt stabil“.

Ein Wahlversprechen, das zu jeder Bundestagswahl laut ausgerufen wird. Offiziell, weil die bürgerlichen Parteien das lange Arbeitsleben der Rentner würdigen, insgeheim aber wohl vor allem, da Senioren und Seniorinnen in Deutschland den größten Stimmanteil (die über 60-Jährigen machen über 40 Prozent der Wahlberechtigten aus, die unter 30-Jährigen hingegen nur rund 13 Prozent aus; außerdem ist die Wahlbeteiligung der Älteren um einige Prozentpunkte höher) bei der Wahl haben. Besonders interessant war dieses Mal jedoch auch wieder die Forderung nach dem Ansteigen der „Mütterrente“, konkret, dass Frauen, die wegen der Erziehung ihrer vor 1992 geborenen Kinder auch die vollen drei Jahre Erziehungszeit angerechnet bekommen können.

WAS IST DIE „MÜTTERRENTE“?

Bei der sogenannten Mütterrente handelt es sich um die Berücksichtigung von Erziehungszeiten als Renten-Entgeltunkte. Im Laufe eines Lebens sammelt man in sozialversicherungspflichtigen Berufen Rentenpunkte an, die später entscheiden, wie hoch die monatliche Rente sein wird. Die Anzahl der Rentenpunkte ist abhängig von der Länge der Einzahlung, den Arbeitsstunden und dem Lohn.

Da davon auszugehen ist, dass in einer Familie, die ein Kind bekommt, eine Person sich hauptsächlich um das Kind kümmert und dafür entweder weniger oder gar nicht mehr arbeitet, wurde die „Mütterrente“ eingeführt. Der Name basiert auf der Annahme und auch Realität, dass in einer Familie überwiegend die Frau zu Hause bleibt und die hauptsächliche Erziehung der Kinder übernimmt.

Mütter von Kindern, die ab 1992 geboren wurden, konnten bereits von Anfang an drei Jahre Erzie-

hungszeit geltend machen. Die Diskussion um die „Mütterrente“ ging immer um die Mütter von Kindern, die vor 1992 geboren wurden:

Im Sozialgesetzbuch war bis 2014 geregelt, dass diese bis zu einem Jahr pro Kind, d.h. ein Rentenpunkt angerechnet bekommen. 2014 wurde diese Regelung dann geändert, vor allem angetrieben von der CDU/CSU, und sorgte dafür, dass zwei Jahre Erziehungszeit angerechnet wurden. Ab 2019 wurden es dann 2,5 Jahre Erziehungszeit.

Nachdem die neue Koalition unter Führung der CDU/CSU und mit der SPD als Juniorpartner an die Regierung kam, wurde erst im August, rund ein halbes Jahr nach den vorgezogenen Neuwahlen ein milliardenschweres Rentenpaket verabschiedet: unter anderem die Angleichung der „Mütterrente“ für vor und nach 1992 geborene Kinder. Geltend ab 2027.

ALTERSARMUT ALS PROBLEM DES VOLKES

Viel Propaganda wurde um die „Mütterrente“ gemacht: Bürgerliche Politiker wie der Bundeskanzler und Betrüger Friedrich Merz, aber auch der erzreaktionäre bayrische Ministerpräsident Markus Söder, die nicht als Verfechter von Frauenrechten bekannt sind, priesen die „Mütterrente“ wie warme Semmeln an. Aber ändert sich durch das Anrechnen eines halben Rentenpunktes wirklich die Realität von Hunderttausenden von Frauen?

Die einfache Antwort ist: Nein.

Die Armut der Rentner in Deutschland wächst allgemein, und besonders die Zahl der Rentnerinnen, die armutsgefährdet oder arm sind, wird immer höher. Allgemein sind Frauen mehr von Armut bedroht als Männer, als Folge davon, dass viele wegen der Familie (d.h. wegen der unbezahlten Reproduktionsarbeit) weniger als Männer oder in schlechter bezahlten Berufen arbeiten.

Diese Tendenz verstärkt sich mit dem Alter: Ab 65 Jahren waren 21,4 % der Frauen armutsgefährdet,

ab 75 Jahren stieg diese noch leicht an um 0,2 %. Bei den Männern hingegen sank die Quote. Dazu kommt, dass immer mehr Rentnerinnen auf Grundsicherung angewiesen sind. Bereits 2023 waren 60 % von fast 700.000 Rentnern, die auf Grundsicherung angewiesen waren, Frauen und auch diese Zahlen steigen weiter.

Ausgehend davon, dass der mögliche halbe Rentenpunkt heute ca. 20 Euro wert ist, sind das letztlich nur 20 Euro pro Kind mehr im Monat. Dabei steht sogar infrage, ob das Geld überhaupt bei den Frauen, die Grundsicherung bekommen, ankommt: Denn jegliche Einkünfte, und damit auch ein großer Teil der Rente, werden der Grundsicherung angerechnet.

Menschen, die ihr Leben lang durch harte Arbeit oder wichtige Reproduktionsarbeit, z.B. Kindererziehung, einen Beitrag geleistet haben, werden heute mit Füßen von sogenannten „gewählten Volksvertretern“ getreten und mit falschen Versprechungen wird versucht, sie an dieses System glauben zu lassen.

Kaum segnete das Kabinett das mehrere hunderte Milliarden schwere Rentenpaket ab, hat sich der Bundesfinanzminister wenige Wochen später zu Wort gemeldet und angemerkt, dass gar nicht klar sei, woher das Geld kommen solle. Im Raum stehen wieder vor allem Kürzungen bei den Sozialausgaben, was Hunderttausende von Rentnern und Rentnerinnen betreffen könnte.

GEWOLLTE SPALTUNG UNSERER KLASSE

Als Grund wird gerne genannt, dass z.B. die jungen Menschen heute nicht mehr arbeiten wollten oder dass die Ausländer faul seien und auch nicht arbeiten wollten. Das alles wird genutzt, um unsere Klasse, die Arbeiterklasse, zu spalten. Besonders die Frauen leiden darunter.

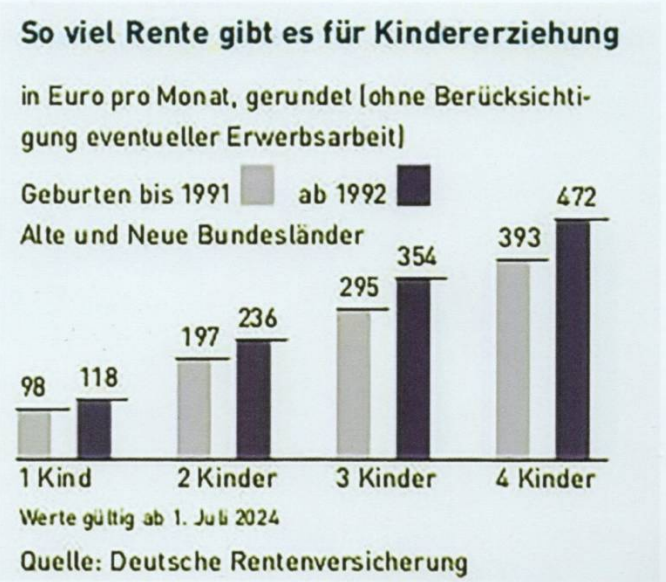
Die bürgerlichen Politiker führen sich weiter auf wie Heilige, denen das Schicksal von Rentnerinnen, die Pfandflaschen sammeln müssen, wirklich am Herzen liegt. Dabei ist das Problem der Altersarmut bei Frauen, und auch die allgemeine höhere Armutsgefährdungsquote bei Frauen, ein Problem, welches

im Kapitalismus, heute in seiner letzten Stufe, dem Imperialismus, liegt.

Frauen, die vor und nach 1992 Kinder bekommen haben, sind alle vom Patriarchat unterdrückt. Besonders die Frauen der Arbeiterklasse und des Volkes leiden zusätzlich noch unter der Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus und waren und sind von Altersarmut betroffen.

Konkret bedeutet es, dass Frauen früher wie heute finanziell abhängig sind, entweder von ihrem Mann oder vom bürgerlichen Staat, und das vor allem durch die bürgerliche Kleinfamilie, in der die Mutter die hauptsächliche Reproduktionsarbeit übernimmt, oder indem Frauen in sogenannten „Frauenberufen“, wie z.B. Erzieherinnen, die schlecht bezahlt werden oder in Teilzeit, arbeiten. Das nicht erst seit 1992.

Dass jetzt die „Mütterrente“ angeglichen wird, ist ein Hinwegtäuschen über das strukturelle Problem, wodurch unter anderem Kinderbetreuungsplätze fehlen und die immer noch ungleichen Löhne bei gleicher Arbeit zwischen Männern und Frauen existieren. Es gilt also, nicht auf das Spiel der herrschenden Klasse und ihrer bürgerlichen Parteien hereinzufallen, und alt gegen jung gegeneinander ausspielen zu lassen. Das Problem der Altersarmut ist ein Problem, welches alte und junge Frauen der Arbeiterklasse konkret betrifft und einen gemeinsamen Kampf gegen das Patriarchat und den Imperialismus fordert. •



ALTERSARMUT

Bei einem einfachen Spaziergang durch ein proletarisches Viertel gibt es viele kleine alltägliche Eindrücke und Details, über die man lange sprechen könnte und sollte. Ein Eindruck, den bestimmt jeder kennt, ist das Bild von älteren Menschen, die mit Tüten voll Pfandflaschen durch den Stadtteil laufen. Man ist im Zug und ein älterer Mann kommt vorbei, schaut auf die freien Sitzplätze, den Boden und in die kleinen Mülleimer und fragt nach Pfandflaschen.

ACHT MILLIONEN ARME

In Deutschland gibt es rund 19 Millionen Rentner. Laut Bundesarbeitsministerium haben 42 Prozent von ihnen weniger als 1.000 Euro im Monat zum Leben zur Verfügung. Weniger als 1.000 Euro inklusive Miete, Strom, Wasser, Lebensmittel usw. Das sind acht Millionen Rentner, die damit deutlich unter der Armutsgrenze liegen.

Im Vergleich: Die Armutsgrenze liegt bei 1.378 Euro monatlich. Von diesen acht Millionen armen Rentnern sind dann noch ganze drei Millionen so arm, dass sie neben der Rente noch auf die sogenannte Grundsicherung im Alter angewiesen sind.

Auch die Zahlen der EU-SILC sprechen eine deutliche Sprache. Die EU-SILC ist eine statistische Untersuchung über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Europa, welche auch von der BRD als amtliche Hauptdatenquelle zu diesen Themen verwendet wird. In einer solchen Statistik wird in Bezug auf Deutschland angegeben, dass etwa 20 Prozent der Menschen über 65 Jahre als armutsgefährdet gilt. Auffällig dabei ist, dass im Jahr 2013 nicht ganz 15 Prozent der über 65-Jährigen als armutsgefährdet galten, die Zahl der von Armut betroffenen Älteren also kontinuierlich zunimmt.

Meistens trifft es dabei Menschen, die häufig ihr Leben lang besonders hart gearbeitet haben, meist unter Arbeitsbedingungen mit besonders scharfer Ausbeutung. Weil sie ihr Leben lang wenig Geld verdienten, konnten sie auch nur wenig Geld in die

Rentenkasse einzahlen und bekommen folglich im Alter auch nur wenig Geld – wobei sie „natürlich“ nicht bekommen, was sie eingezahlt haben, sondern nur einen Bruchteil davon.

IMMER MEHR ÄLTERE

Infrage der Rente ist der sogenannte demografische Wandel von Belang. Im Allgemeinen ist die deutsche Bevölkerung eine alte und älter werdende Bevölkerung. Jede zweite Person in Deutschland ist heute älter als 45 Jahre, jede fünfte hier lebende Person ist sogar älter als 65 Jahre.

Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes beträgt der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung aktuell etwa 22 Prozent. Bis Mitte der 2030er Jahre wird der Prognose nach in Deutschland die Zahl der Menschen im Rentenalter (ab 67 Jahren) um etwa 4 Millionen auf mindestens 20 Millionen steigen. Bis zum Jahr 2040 wird die Zahl der über 67-jährigen stark um voraussichtlich bis zu 35 Prozent ansteigen.

Zum aktuellen Zeitpunkt sieht es auch bezüglich der Geburtenrate nicht danach aus, als ob diese in genügendem Maße ansteigen wird, um das Problem der alternden Bevölkerung auszugleichen. Die Überalterung der Bevölkerung ist für den deutschen Imperialismus entsprechend ein deutliches Problem, das von den Herrschenden irgendwie gehandhabt werden muss. Eine überalterte Bevölkerung bedeutet nämlich, dass es massenhaft Menschen in diesem Land gibt, die altersbedingt körperlich nicht mehr im vollen Maße am gesellschaftlichen Produktionsprozess teilnehmen können, d. h., ihre Arbeitskraft kann nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt ausgebeutet werden. Gleichzeitig ist es ein Problem, dass irgendetwas mit den älteren Menschen passieren muss. Die herrschenden Imperialisten und ihre Vertreter können die ganzen alten Menschen natürlich nicht einfach auf der Straße sterben lassen, zumindest nicht ohne einen gewaltigen öffentlichen Aufschrei zu erzeugen und die Widersprüche zwischen Volk und Staat deutlich zu verschärfen. Dementsprechend werden die Alten irgendwie am Leben erhalten.

ZUM LEBEN ZU WENIG ZUM STERBEN ZU VIEL

Doch die Art und Weise, wie diese versorgt werden, bedeutet für viele nur noch gerade so viel zu haben, um überleben zu können – genug, um irgendwie zu existieren, doch immer zu wenig, um tatsächlich zu leben. Wobei das Überleben bei vielen auch nur aus dem Grund funktioniert, weil es Pfandflaschen zum Sammeln gibt und „gemeinnützige Hilfs“-organisationen wie die Tafel existieren.

Die Frage der Altersarmut hängt unter anderem damit zusammen, wie das deutsche Rentensystem ausgelegt ist. Beim Rentensystem handelt es sich um ein sogenanntes Umlagesystem. Das bedeutet: alle angestellten „Arbeitnehmer“, d.h. diejenigen, die ihr Leben lang gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, zahlen regelmäßig Geld in einen, nennen wir es mal gemeinsamen Topf, ein, aus dem das Geld dann direkt an die Rentner ausgezahlt wird. Das „Problem“ ist, wie beschrieben, dass sowohl die Zahl der Rentner, als auch die Lebenserwartung weiter ansteigen. Im deutschen Rentensystem bedeutet das:

Je mehr Rentner es gibt, und genauso je weniger Arbeiter es gibt, desto weniger Geld bekommt jeder einzelne Rentner. Außer die Rentenbeiträge steigen oder der Staat legt Geld dazu. Beides ist momentan der Fall.

Da es allein durch die Beiträge aller Menschen, die in die Rente einzahlen, nicht möglich ist, die Rentner überleben zu lassen, springt der deutsche Staat ein und pumpt Geld in das Rentensystem. Für das Jahr 2025 sind 121 Milliarden Euro geplant, die seitens des Staates in das Rentensystem fließen. Das ist absolut und relativ eine recht große Menge. Deshalb werden Politiker wie der Betrüger und Kanzler Friedrich Merz oder Wirtschaftsministerin Katharina Reiche auch nicht müde, zu betonen, dass sie schon genug Geld an die Rentner verteilen, der ganze Sozialstaat ohnehin *„nicht finanzierbar sei“*, sodass die alten Leute nun mal im Dienste der ganzen Gesellschaft länger arbeiten müssen. Ein arbeitender Mensch wiederum würde sagen, dass Friedrich Merz mit seinen 15.000 bis 20.000 Euro, die er mit seiner Bezahlung als Politiker und auch durch seine Positionen in diversen Aufsichtsräten am Ende des Monats bekommt, Klartext gesprochen, einfach mal die Fresse halten soll.

Es reicht vorne und hinten nicht



AUF KOSTEN DER KLASSE

Die Äußerungen von Merz und Reiche zeigen gut den Kurs, den die Regierung bezüglich der Rente fährt. Der Koalitionspartner, die SPD, sträubt sich allerdings medienwirksam gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Viele Alte gleich viele potentielle Wähler. Ihren Wählern gegenüber muss die SPD irgendwie ihr Image aufrechterhalten, sonst wird sie gar nicht mehr gewählt und jede bürgerliche Partei ist letztlich nicht mehr als ein Wahlverein. Daher stellt sich die SPD in der Frage des Alters zum Renteneintritt gegen die CDU, was nur ein billiger Taschenspielertrick ist.

Einig sind sich alle Parteien darin, dass die Kosten für die Rente deutlicher auf das Volk abgewälzt werden „müssen“. Entsprechend wird gerade viel darüber diskutiert die Kosten der Arbeiter für den Rentenbeitrag weiter zu erhöhen. Auch wird darüber diskutiert, wie man auch diejenigen, die Rente bekommen, stärker „in die Verantwortung“ nimmt, z. B. indem man den etwas wohlhabenderen Rentnern, die ihr Leben lang ihr Haus abbezahlt haben, dieses Haus einfacher und unkomplizierter wieder wegnimmt, wenn die Rente nicht reicht und diese sich weigern sollten, im Alter weiter zu schuften.

Das Rentensystem soll „reformiert“ werden, da sind sich alle bürgerlichen Parteien einig. Das klingt nicht nur wie eine Drohung gegenüber dem Volk, sondern es ist genau das. Einzig die Art und Weise, wie die Kosten für die Versorgung der Älteren stärker auf das Volk abzuwälzen sind, steht zur Debatte. Eine Methode der Herrschenden, um den demografischen Wandel zu handhaben, ist es, die Leute auch im Alter einfach weiterarbeiten zu lassen. Aktuell sind 13 Prozent der Rentner weiterhin „erwerbstätig“ und wenn es nach der herrschenden Politik geht, soll diese Zahl zunehmen.

ARBEITSZWANG

Der Gesetzesentwurf mit dem zynischen Titel „Aktivrente“ geht in diese Richtung. Mit einer günstigeren Besteuerung soll das „freiwillige“ Arbeiten im Alter attraktiver gemacht werden. Bis zu 2.000 Euro sollen demnach steuerfrei sein

können. Solche Vorstöße werden dann immer mit dem Argument verknüpft, dass es ja schön und ein Stück Lebensqualität für die Rentner sei, auch nach ihrem Renteneintritt weiterarbeiten zu dürfen. *Wir waren und sind doch alle gerne Sklaven, oder?*

Aber Arbeit ist im Imperialismus keine Frage der Freiwilligkeit, die einzige Freiheit besteht darin sich denjenigen auszusuchen, der einen ausbeutet oder an Hunger zu sterben, wenn es nach den Kapitalisten geht. Dazu kommt bei den Rentnern ein noch größerer Zwangsaspekt. Durch die viel zu geringen Renten haben viele schlicht keine andere Wahl, als weiterzuarbeiten. Zwang zur Arbeit, Arbeitszwang, weil die Brotkrumen, die uns im Alter hingeworfen werden, nicht mehr ausreichen.

PFLEGE

In die gleiche Kerbe schlägt der unlängst kolportierte Vorschlag zur Abschaffung des Pflegegrads 1. Die Pflegeversicherung sei pleite, hört man. Aber während der Corona-Pandemie wurden Milliarden aus der Pflegeversicherung entnommen, um unter anderem die Masken-Deals eines Jens Spahn zu finanzieren.

Trotzdem hört man auch hier: *„Änderungen sind notwendig, um das System generationengerecht zu machen.“* Ende 2024 waren laut Bundesgesundheitsministerium gut 860.000 Menschen in Pflegegrad 1 eingestuft. Pro Monat gibt es nach einer Einstufung in Pflegegrad 1 einen sogenannten Entlastungsbetrag in Höhe von 131 Euro für Hilfe beim Duschen, Einkaufen, Putzen oder der Wäsche. Dazu kommen weitere Leistungen für spezielle Umbauten u.ä. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt rund 63 Milliarden Euro an Pflegeleistungen ausgezahlt. Die Einsparungsmöglichkeiten durch die Streichung des Pflegegrads 1 werden auf lediglich rund eineinhalb Milliarden Euro beziffert. Inzwischen müssen Arbeiter 3,6 Prozent vom Bruttolohn in die Pflegeversicherung einzahlen, das sind 250 Prozent mehr als noch vor 30 Jahren. Für kinderlose Versicherte liegt der Beitrag sogar bei 4,2 Prozent. •

FÜNFZEHNJÄHRIGER IM KNAST ERMORDET



Nelson (15)

In der JVA Ottweiler, rund 30 km nordöstlich von Saarbrücken, gab es kürzlich einen Todesfall eines sehr jungen Menschen, der dort inhaftiert war. Sein Name war Nelson. Laut dem zuständigen Justizvollzugspersonal soll er am ersten August tot in seiner Zelle aufgefunden worden sein.

Es soll sich um einen Suizid handeln, den Nelson begangen haben soll, als er außerhalb der Aufsicht der Wärter war. Laut den Verantwortlichen in der JVA und zahlreichen relevanten lokalen Politikern sei es einfach ein *tragischer* und *bedauerlicher* Fall. Nelsons Mithäftlinge fanden andere Worte dafür. Sie geben den Gefängniswärtern deutlich die Schuld für seinen Tod. So berichten sie, dass Nelson im Gefängnis nicht ausreichend mit Nahrung versorgt worden und sehr hungrig gewesen sei.

Als er deshalb Süßigkeiten aus dem Zimmer eines Mithäftlings stahl, wurde er von den Wärtern dabei erwischt. Daraufhin sollen sie den fünfzehnjährigen Nelson äußerst brutal zusammengeschlagen haben – was von mehreren Insassen bestätigt wurde. Kurz nachdem er verprügelt worden war, starb Nelson. Angeblich wurde er durch Beamte in seiner Zelle aufgefunden, nachdem er sich selbst umgebracht hatte.

Nelsons Mithäftlinge zeigten sich vom Schicksal des Jungen betroffen und nahmen dieses Geschehen nicht einfach still hin. Sie zeigten Solidarität und forderten Gerechtigkeit. Als Reaktion auf seinen Tod protestierten siebzehn Insassen und weigerten sich, nach der Freistunde wieder in ihre Zellen zurückzukehren. Dabei denunzierten sie die Wärter,

die Nelson misshandelt hatten, und gaben ihnen zu Recht die Verantwortung für dessen Tod. Trotz Einschüchterung durch die Knastwärter zeigten die Häftlinge Solidarität und standen zusammen, um Gerechtigkeit für Nelson zu fordern.

Die Situation eskalierte so weit, dass die Anstaltsleitung das Sondereinsatzkommando, eine Spezialeinheit der Polizei, hinzuzog. Dieses überwältigte die Häftlinge und beendete den Protest gewaltsam. Anschließend rächte sich die JVA für den Widerstand der Insassen: Die Anstaltsleitung begann, einzelne kämpferische Gefangene als „Rädelsführer“ auszumachen und bestrafte sie für ihre Solidarität, indem sie sie in andere Gefängnisse verlegte – teils weiter entfernt von ihren Familien.

Doch die Informationen über die Umstände von Nelsons Tod verbreiteten sich über die Mauern des Gefängnisses hinaus und gelangten an die Öffentlichkeit, bis sie schließlich auch von lokalen und bundesweiten Zeitungen aufgegriffen wurden.

Die JVA versucht jedoch offensichtlich, Informationen zum Tod von Nelson zurückzuhalten. So weigert sie sich, den Grund für seine Inhaftierung zu nennen. Das ist wohl auch der erste Gedanke, der den meisten Lesern zu Beginn dieses Artikels gekommen sein dürfte: Was für ein Verbrechen muss ein 15-jähriges Kind begehen, um in diesem Land eingesperrt zu werden?

Scheinbar gab es keinen legitimen Grund, der dies rechtfertigt, denn es ist klar, dass die Verantwortlichen Angst davor haben, diesen Grund öffentlich zu nennen. Bekannt ist nur, dass er aufgrund eines Sicherungshaftbefehls inhaftiert war. Das ist ein Haftbefehl, der beispielsweise ausgestellt wird, wenn eine Bewährungsstrafe rückgängig gemacht wird.

Weiter ist bekannt, dass Nelson in den fünf Wochen vor seinem Tod unter besonders harten Bedingungen eingesperrt war. Er wurde „gesondert“ und „sicher verwahrt“ – was stark nach Isolationshaft klingt. Ein Haftzustand, der auch von bürgerlichen „Menschenrechtsorganisationen“ als Folter anerkannt wird. Genauere Informationen zu den Bedingungen seiner „Verwahrung“ und vor allem zu den Gründen für diese Maßnahmen werden nicht genannt.

Auf der anschließenden Demonstration für Gerechtigkeit, die von Nelsons Hinterbliebenen mitorganisiert wurde, wurde deutliches Misstrauen gegenüber den Aussagen der Justizbeamten geäußert. Mehrere Redner äußerten Zweifel an der offiziellen Version, dass es sich beim Tod von Nelson um einen Suizid gehandelt habe. Es wäre nicht der erste Fall, in dem Polizei und Justizbeamte jemanden in ihrem Gewahrsam töten und es als Selbstmord zu vertuschen suchen. Wer sich mit Polizeigewalt in Deutschland beschäftigt, dem kommt unweigerlich der Fall Oury Jalloh in den Sinn.

Nelsons Tod ist kein tragischer Einzelfall, sondern Ausdruck eines größeren Problems: Polizeigewalt in Deutschland bleibt systematisch folgenlos, vor allem gegenüber schwarzen Männern. Schätzungen sprechen von bis zu 12.000 rechtswidrigen Übergriffen jährlich – doch weniger als zwei Prozent dieser Fälle landen überhaupt vor Gericht, und nur ein Bruchteil endet mit einer Anklage.

In über 90 Prozent aller Verfahren wird das Ermittlungsverfahren eingestellt. Die Macht darüber, festzustellen, was als rechtmäßige oder unrechtmäßige Gewalt gilt, liegt oft bei der Polizei selbst – ebenso wie die Deutungshoheit über den Ablauf von Vorfällen. Damit kontrolliert sie auch die öffentliche Wahrnehmung.

Auch Oury Jalloh war ein schwarzer Mann. Er wurde in Polizeigewahrsam gefoltert und bei lebendigem Leibe verbrannt. Angeblich soll er sich trotz vollständiger Fixierung mit einem Feuerzeug auf einer feuerfesten Matratze selbst angezündet haben. Sein Tod wird bis heute offiziell als Selbstmord dargestellt, obwohl bekannt ist, dass mehrere Polizisten in ihren Aussagen gelogen haben, obwohl während der Verhandlungen Beweismittel vernichtet wurden, obwohl mehrere Gutachten bewiesen haben, dass es schlicht unmöglich war, dass Oury sich selbst angezündet hat.

Wenn ein Jugendlicher auf einer Demonstration einen Stein wirft, wird er mit Hunden gejagt und blutig geschlagen. Wenn jemand aus Hunger im Supermarkt stiehlt, wird er eingesperrt. Menschen, die sich gegen den zunehmenden Naziterror organisieren und die Angriffe der Faschisten zurückschlagen, werden als Terroristen gebrandmarkt und jahrelang weggesperrt. Aber wenn es sich um

Personen aus der herrschenden Klasse oder ihrem Gewaltapparat handelt, dürfen sie jedes Verbrechen begehen, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Ex-Kanzler „der Pate von Hamburg“, Olaf Scholz, war im Cum-Ex-Skandal verwickelt und konnte trotzdem Regierungschef bleiben. Die Polizei hat in Dessau Oury Jalloh verbrannt, in Oldenburg Lorenz erschossen, in Essen Adel getötet, in Mannheim Ante totgeschlagen – und immer wieder werden die Täter freigesprochen, ganz egal, wie erdrückend die Beweislast ist.

Meistens sind die Betroffenen diejenigen, die in dieser Gesellschaft ohnehin ganz unten sind, unterdrückt werden und ein Leben als Menschen zweiter oder dritter Klasse führen. Häufig sind es insbesondere gerade die Leute, mit Migrationshintergrund, die zum Opfer der selbst erklärten „Herrenmenschen“ in Uniform werden. Es geht dabei nicht um Einzelfälle oder persönliches Fehlverhalten, sondern um Rassismus und imperialistischen Chauvinismus, der von oben gezielt gefördert wird, um die Arbeiterklasse zu spalten. Nelson wird von seiner Familie und seinen Freunden als fröhlicher, hilfsbereiter Junge beschrieben. Er spielte gerne Fußball, lachte viel und schmiedete Pläne mit seinen Freunden. Er war ein Kind mit Träumen – mit einer Zukunft. Jetzt ist er tot.

Nelson war ein Junge, der nicht hätte sterben müssen. Wäre seine Hautfarbe eine andere gewesen, würde er vermutlich noch leben. Letztlich ist er ein Opfer des Imperialismus – ein Opfer eines kranken Systems.

Als Kind aus der Arbeiterklasse, das in Armut aufwuchs und mit der „falschen“ Hautfarbe geboren wurde, war sein Leben am Ende für dieses System nichts wert.

Auch wenn dieser Fall Aufmerksamkeit erzeugt hat und einige Zeit in der öffentlichen Diskussion steht: Es gibt viele „Nelsons“ in diesem Land. Zahlreiche junge Menschen, die durch Polizeigewalt ums Leben kamen und kommen.

Ihre Geschichten verschwinden meist im Nebel, ihre Namen sind oft unbekannt. Auch wenn kurzzeitig berichtet wird – am Ende bleibt den Angehörigen in der Regel jede Form von Gerechtigkeit verwehrt. So auch im Fall von Nelson. Nach den Vorwürfen der Gefangenen wurden zwar drei Ermittlungsverfahren gegen zwei JVA-Beamte eingeleitet – doch auch hier wird es keine Gerechtigkeit geben, solange diese nicht erkämpft wird. Denn der Kampf ist der einzige Weg: der einzige Weg, um die Opfer von Polizeigewalt zu rächen – und der einzige Weg, um die Ursachen dieser reaktionären Gewalt nachhaltig zu beseitigen. •



Folgender Artikel wurde am 1. Oktober 2025 auf der Nachrichtenseite DemVolkeDienen.org veröffentlicht. Wir halten es für geboten, ihn an dieser Stelle zu reproduzieren, da uns die Freunde darum gebeten haben und wir inhaltlich, besonders in Fragen der daraus zu ziehenden Konsequenzen, damit übereinstimmen.

ZENSIERT, WEIL ES DEM VOLK DIENT

Der YouTube-Kanal DEMVOLKEDIENEN wurde entfernt, weil er laut „dem YouTube-Team“ nicht den „Richtlinien zu gewalttätigen kriminellen Organisationen“ von YouTube „entsprach“. Mit anderen Worten: Der YouTube-Account DEMVOLKEDIENEN wurde geschlossen, weil das Unternehmen eine Stimme zum Schweigen bringen will, die revolutionäre Informationen verbreitet. In normaler Sprache nennt man das Zensur.

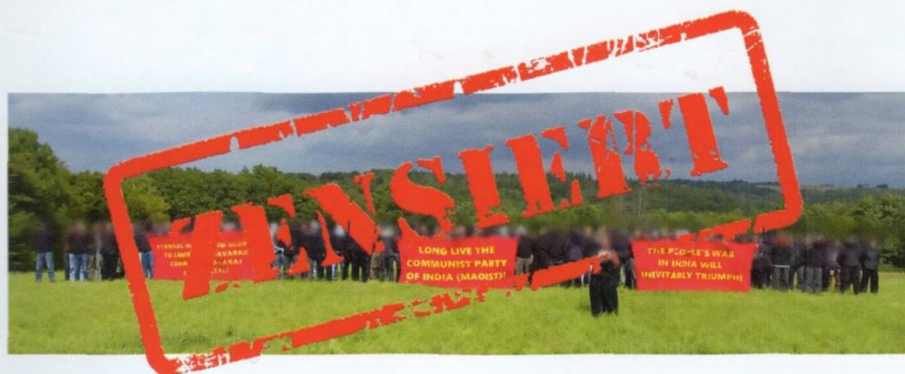
Im Laufe der Jahre wurden die auf dem YouTube-Account DEMVOLKEDIENEN hochgeladenen Videos hunderttausende Male angesehen. Sie wurden von Revolutionären und Antiimperialisten nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt heruntergeladen und verbreitet. Die Bilder von revolutionären Aktionen in Deutschland und die Verbreitung wichtiger Materialien über die Kämpfe der Kommunistischen Parteien, die Volkskriege führen, die manchmal nirgendwo sonst im Internet verfügbar sind, machten den Account zu einer Quelle der Bildung und Information für Tausende von Revolutionären. In einigen Fällen sogar zu einer Quelle der Inspiration.

Er war eine gute Sache und hat seinen Zweck weitaus besser erfüllt, als die Genossen, die ihn ins Leben gerufen haben, jemals für möglich gehalten

hätten. Es ist nicht verwunderlich, dass er zensiert wurde. Er wurde schon zuvor angegriffen, Videos wurden gelöscht und er wurde gesperrt, aber es war möglich, ihn zurückzubekommen. Der Tropfen, der Himmlers Brut bei YouTube dazu brachte, „Genug ist genug (Heil!)“ zu sagen, war die Tatsache, dass die Genossen, die den Account DEMVOLKEDIENEN betreiben, ein Video von einer Aktion zur Solidarität mit dem Volkskrieg in Indien hochgeladen hatten, das im August in Europa gedreht worden war. Es gibt weniger ehrenhafte Gründe, zensiert zu werden.

Aufgrund der Art und Weise, wie der Account ursprünglich eingerichtet wurde, wird es den Genossen, die ihn betreiben, nicht möglich sein, ihn durch rechtliche Schritte wiederherzustellen. Die Genossen haben die wenigen Möglichkeiten, die ihnen zur Verfügung standen, ausgeschöpft, aber es überrascht nicht, dass dies nicht funktioniert hat.

Dieser Angriff auf eine Plattform für revolutionäre und antiimperialistische Information und Propaganda passt perfekt in das Schema der Unterdrückung jeder abweichenden Meinung, das Teil des Prozesses ist, in dem die bürgerlichen Staaten immer reaktionärer werden, worüber wir auf dieser Website ständig schreiben. Wir müssen in diesem



Text nicht alles wiederholen, was wir in den letzten Monaten, Wochen und Tagen geschrieben haben, es sollte unseren Lesern bekannt sein.

Für das Volk ist „freie Meinungsäußerung“ eine Illusion, ein Schwindel. Dennoch muss und sollte die unverhohlene Verletzung dessen, was die Verteidiger der alten Ordnung als ihre „Grundwerte“ bezeichnen, die sie in ihren Verfassungen festgeschrieben und als „Gesetz“ verkündet haben, angeprangert werden, um denjenigen, die noch etwas Vertrauen in dieses sterbende Ungeheuer namens Imperialismus haben, einmal mehr zu zeigen, dass es für uns keine Freiheit gibt, solange dieses abscheuliche System die Menschheit noch quält.

Aber anzuprangern reicht nicht aus, wir haben eine Verantwortung, die darüber hinausgeht. Es ist notwendig, die politische Lehre zu kommentieren, die wir aus dieser Situation ziehen müssen, um der Klasse Rede und Antwort zu stehen.

Als der YouTube-Account geschlossen wurde, hätten wir bereit sein und die Möglichkeit haben müssen, alle Videos sofort auf eine andere Plattform hochzuladen. Das waren wir nicht. Unsere Praxis entsprach nicht unserer Theorie. Dafür gibt es viele Gründe, aber der wichtigste, den es öffentlich hervorzuheben gilt, ist das, was Lenin unsere „handwerklerische“ Methoden nannte – ein Ausdruck des Liberalismus (wie der Große Steuermann sagen würde).

Im Klassenkampf wird der Feind zuschlagen, es ist keine Frage des Ob, sondern nur des Wann und Wie. Wenn der Feind nicht

versucht, dich zu schlagen, dann machst du deinen Job als Revolutionär nicht richtig. Die Revolutionäre müssen daher auf die bevorstehenden Schläge vorbereitet sein, um sie zu vermeiden und zurückzuschlagen, aber auch, um sie zu empfangen, ohne zu fallen, wenn es keine Möglichkeit gibt, sie zu vermeiden. Im Bereich der Agitation und Propaganda bedeutet dies, dass man lange vor dem Schlag Backups und alternative Möglichkeiten zur Verbreitung der Materialien bereit haben muss, die sofort eingesetzt werden können. Es ist unerlässlich, professionell zu arbeiten und nicht nur einen Plan A, sondern eine ganze Reihe von alternativen Plänen parat zu haben.

Natürlich werden die Videos, die auf dem YouTube-Konto DEMVOLKEDIENEN veröffentlicht wurden, von anderen auf anderen Plattformen erneut hochgeladen werden. Der Feind hat uns erneut eine Lektion erteilt. Wir werden aus unseren Fehlern lernen. Wir werden von den mutigen Bauern aus Rondônia lernen. Die Genossen, die die Videos der maoistischen Bewegung in Deutschland verbreiten werden, werden zurückkommen, besser vorbereitet und besser organisiert.

Und verdammt noch mal, wir werden zurückschlagen. •



Subscribe



WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KOMMENDE TERMINE

BREMEN

Café Rebellion

BDP-Haus (Am Hulsberg 136)

Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat

ab 17 Uhr

HAMBURG

Antiimperialistische Treffen des Roten Bund

Shebeen (Hein-Hoyer-Str. 78)

Freitag, 24. Oktober,

14. und 28. November

ab 20 Uhr

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee | rjk-kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee Bremen | rjk-bremen@roterbund.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee Hamburg |

rjk-hamburg@roterbund.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

ROTE POST

